

TOP 5 der Tagesordnung der Mitgliederversammlung sieht die Beratung von Anträgen vor. Wegen der Diskussion mit Lars Klingbeil und den folgenden Arbeitsgruppen empfehlen die zuständigen Gremien der Partei (Vorstand und Ausschuss), die beigefügten Anträge nicht zu beraten, sondern an den kommenden Parteitag im Juli zu überweisen. Da die Antragsteller von ihrem Recht Gebrauch machen, trotz dieser Empfehlung die Anträge der Mitgliederversammlung vorzulegen, sind diese beigefügt.

Nr.	Thema
A1	Regelmäßige Sachstandsberichte zu bereits beschlossenen Anträgen bei den Parteitag und MV
A2	Eine Zukunft für Deutschland, ein Vorbild für die Welt
A3	Mehr Demokratie wagen
A4	Anonymisiertes Bewerbungsverfahren
A5	Kostenloser Kirchenaustritt
A6	Pfand gehört daneben
A7	Polizeigesetz NRW oder Orwells schlimmster Albtraum
A8	Kostenfreies Ausstellen eines Euroschlüssels für Behindertentoiletten
A9	Familienfreundliche Parteitage
A10	Zuschüsse einer Stadt für alle Kinder und Jugendlichen eines Jugendzentrums
A11	Reform von Hartz IV



MV
am 30.03.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 1
ANTRAGSTELLER	OV Rumeln-Kaldenhausen, Jusos
ADRESSAT	Mitgliederversammlung
BETREFF	Regelmäßige Sachstandsberichte zu bereits beschlossenen Anträgen bei den Parteitag und Mitgliederversammlungen

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Die Mitgliederversammlung möge beschließen

Es soll ein fester Tagesordnungspunkt beschlossen werden, zu dem die Personen in Funktion und Mandat unaufgefordert über die Umsetzung bereits beschlossener Anträge berichten. Solange ein Antrag noch nicht umgesetzt wurde, soll über diesen bei den Parteitagen und Mitgliederversammlungen berichtet werden.

Sollte ein Antrag nicht mehr weiterverfolgt werden können, so soll es möglich sein, dass die Anwesenden durch eine einfache Mehrheit den Antrag als gescheitert in der Umsetzung beschließen können.

Begründung:

Der Werdegang beschlossener Anträge ist für delegierte Personen und Besucher derzeit nicht nachvollziehbar. Zu vielen Anträgen aus den vergangenen Jahren sind keine weiteren Informationen bekannt (Beispielsweise: "Open Data", "Visualisierter Haushalt")

Angenommen:
Abgelehnt:
Überwiesen an:



MV
am 30.03.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 2
ANTRAGSTELLER	OV Rumeln-Kaldenhausen, Jusos
ADRESSAT	SPD Bundestagsfraktion, SPD Bundespartei, SPD Landtagsfraktion, SPD Landespartei, SPD Ratsfraktion Duisburg und SPD Bezirksfraktionen Duisburgs
BETREFF	Eine Zukunft für Deutschland, ein Vorbild für die Welt

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37

Die Mitgliederversammlung möge beschließen

In den Bundes- und Landes Gesetzen und Bauvorschriften sind jeweils Änderungen vorzunehmen, die folgende umweltpolitischen Forderungen realisieren:

1. Jeweils mindestens 40 % der Dachflächen sollen zukünftig in der Regel gen Süden zeigen.
2. Versiegelte Flächen (Gebäudedach + Garage + Garagenvorplatz etc.) sind zu mindestens 40% zur Energiegewinnung, oder als begrünte Flächen auszubauen.
3. Photovoltaikanlagen bis 2,5 KW („Guerillaanlagen“) bedürfen zukünftig nur einer Typenzulassung, der jeweilige Stromzähler kann in beide Richtungen laufen (kostenfreie Energie Cloud). Ein Vergütungsanspruch des Anlagenbetreibers ist ohne besondere Anmeldung ausgeschlossen.

Begründung:

Der Klimawandel macht sich in Deutschland in den vergangenen drei Jahren deutlich durch die drei heißesten Jahre seit Wetteraufzeichnung deutlich bemerkbar.

Wir haben bereits 5 nach 12 und trotzdem rennen wir in eine unsichere Zukunft, die ggf. den Untergang der Menschheit bedeuten kann.

Unsere technologiebasierte Zukunft kann nur dauerhaft durch neue Technologien der Energiespeicherung und erneuerbare Energien geschaffen werden.

Umweltpolitisch unproblematisch und bislang nicht ausreichend genutzt ist das Potenzial der Photovoltaik. So sollen bei Neubauten die Dachflächen Solarideal ausgerichtet werden (Antrag zu 1), und die Versiegelung von Flächen bei Neubau oder Neueindeckung entweder durch begrünte Dachflächen oder durch Energiegewinnung (Photovoltaik oder Solarthermie) kompensiert werden.

Auch sozial Schwächere sollen individuell Ihren Beitrag zur Zukunft leisten können und sich vom Markt der steigenden Strompreise für Privathaushalte durch den Einsatz von „Guerillaanlagen“ abkoppeln können. Hier sollten die Hürden deutlich reduziert werden.

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an:



MV
am 30.03.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 3
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	Mitgliederversammlung
BETREFF	Mehr Demokratie wagen

- 1
- 2
- 3 Die Mitgliederversammlung möge beschließen
- 4
- 5 Mehr Demokratie wagen! –
- 6 Es ist Zeit für echte Wirtschaftsdemokratie!
- 7
- 8 Ausgangslage
- 9 „Unsere Arbeitsgesellschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Das Tempo
- 10 der Innovationen steigt und die Vielfalt der Beschäftigungsformen nimmt zu. Qualifikation
- 11 und Wissen werden immer wichtiger. Neue kreative Berufe entstehen. Das traditionelle
- 12 Normalarbeitsverhältnis – unbefristet und mit geregelten Arbeitszeiten – verliert an
- 13 Bedeutung. Das Arbeitsleben vieler Menschen ist von einem Wechsel zwischen
- 14 abhängiger Beschäftigung, Nichterwerbstätigkeit, Phasen der Familienarbeit und
- 15 Selbstständigkeit bestimmt.“ (Hamburger Programm der SPD)
- 16
- 17 Die Arbeitswelt verändert sich stetig und dies nicht immer zum Vorteil der
- 18 Arbeitnehmer*innen. Unser Anspruch ist es, diesen Wandel in unserem Sinne zu
- 19 gestalten. Die Subjektivierung, Flexibilisierung und teilweise Entgrenzung von Arbeit
- 20 fordern uns Sozialdemokrat*innen dazu heraus, Arbeit neu zu denken und dabei das
- 21 Ganze Feld der Arbeitswelt in den Blick zu nehmen.
- 22
- 23 Nach wie vor ist der wirtschaftliche Teil unserer Gesellschaft stark von
- 24 Kapitaleigentümer*innen beherrscht in der die/der Arbeitnehmer*in einzig die Möglichkeit
- 25 hat, ihre/seine Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt anzubieten, in der Hoffnung, ein*e
- 26 Unternehmer*in fragt seine Arbeitskraft nach. Wenn die/der Arbeitnehmer*in das Ziel
- 27 erreicht hat, dass ihre/seine Arbeitskraft gebraucht wird, steht sie/er nicht im Mittelpunkt
- 28 des Unternehmens, des unternehmerischen Handelns oder dessen Ziels. Der/dem
- 29 Unternehmer*in geht es ausschließlich um die Verwertung der Arbeitskraft und
- 30 maximalen Profit. Für das Kapital ist der Mensch nur ein Mittel zum Zweck: Es geht ihm
- 31 ausschließlich um die Profitbefriedigung. Solange der Mensch in seinem Arbeitsleben
- 32 den Mächten des Kapitalismus’ unterworfen ist, kann er niemals vollständig frei sein. Die
- 33 Freiheit ist aber ein Grundsatz der Sozialdemokratie: „Er (der Mensch, Anm.) muss frei
- 34 sein von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und von Furcht, und er muss die
- 35 Chance haben, seine Fähigkeiten zu entfalten und in Gesellschaft und Politik
- 36 verantwortlich mitzuwirken.“ (Hamburger Programm der SPD) Die vollständige Freiheit
- 37 erreicht der Mensch erst nach der Befreiung vom Kapitalismus und seinen Zwängen und
- 38 Abhängigkeiten in der Arbeitswelt.
- 39
- 40 Demokratisierung aller Lebensbereiche

41 Die Demokratie ist eine allgemein akzeptierte und legitimierte Form, Staaten zu regieren;
42 sie kann also für die Führung von Unternehmen keine Gefahr darstellen. Eine die
43 Gesellschaft umfassende Demokratisierung muss auch die Einbeziehung der Wirtschaft
44 meinen. Unser Ziel ist die Verschiebung ökonomischer Machtstrukturen und die
45 größtmögliche Begrenzung der Macht des Kapitals. Es muss uns um eine
46 gleichberechtigte Partizipation zwischen Kapital und Arbeit im Unternehmen gehen.

47
48 Die Demokratisierung der Gesellschaft darf sich nicht nur auf das Wahl-, das
49 Versammlungs-, das Rede- und das Presserecht beschränken. Sie muss durch die
50 Demokratisierung der Wirtschaft ergänzt und konsequent umgesetzt werden. Unser Ziel
51 muss eine starke, lebendige und umfassende Bürgergesellschaft sein, die den Bereich
52 der Wirtschaft vollständig umfasst.

53
54 Was ist zu tun?
55 Es braucht eine umfassende Mitbestimmung der Arbeitnehmer*innen im Unternehmen.
56 Arbeitnehmer*innen müssen die Möglichkeit bekommen, die Entscheidungen der
57 Unternehmensführung mitzugestalten, zu korrigieren und zu ergänzen.

58
59 Denkbar ist für uns die Verankerung einer demokratischen Betriebsverfassung in
60 Unternehmen, die die Wahlen zu den betrieblichen Gremien und den
61 Führungspositionen, wie z. B. Vorarbeiter*innen, Abteilungsleiter*innen,
62 Bereichsleiter*innen Geschäftsführer*innen, regelt. Weiter ist die Beteiligung der
63 Mitarbeiter*innen am Gewinn des Unternehmens als zusätzliche Einnahmequelle zu
64 regeln. Weiter sollen Arbeitnehmer*innen eines Unternehmens über die weitere
65 Verwendung des übrigen Vermögens entscheiden: Bestenfalls, ob das Vermögen wieder
66 investiert wird oder ob es ebenfalls an die Mitarbeiter*innen ausgezahlt wird.

67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89

90 Angenommen:
91 Abgelehnt:
92 Überwiesen an:



MV
am 30.03.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 4
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	Mitgliederversammlung
BETREFF	Anonymisiertes Bewerbungsverfahren

- 1
2
3 Die Mitgliederversammlung möge beschließen
4
5 Wir fordern die konsequente Einführung und Umsetzung des anonymisierten
6 Bewerbungsverfahrens.
7
8 Begründung:
9 Geht es nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, dürfen Bewerber*innen nicht
10 wegen ihrer ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder andere
11 Weltanschauungen, eine Beeinträchtigung, des Alters oder der sexuellen Identität
12 benachteiligt werden.
13 Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes spricht davon, dass eine hohe
14 Wahrscheinlichkeit bestehe, dass Bewerber*innen in der ersten Stufe des
15 Bewerbungsverfahrens benachteiligt werden. Danach gäbe es Hinweise darauf, dass
16 besonders Frau mit Kindern, ältere Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund
17 benachteiligt würden, in dem sie nicht zu Gesprächen oder Einstellungstest eingeladen
18 würden. Ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren würde bei Eintritt in das Verfahren
19 verhindern, dass den Personalverantwortlichen diese Merkmale im Vorfeld bekannt sind
20 und eine Entscheidung beeinflussen. Die Einführung eines anonymisierten
21 Bewerbungsverfahrens ist ein wichtiger Schritt hin zu Chancengleichheit.
22 Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes beschreibt das anonymisierte Verfahren wie
23 folgt: Die Personalverantwortlichen erhalten für die Auswahl kein Foto, keine Auskunft
24 über Alter, Geschlecht, Familienstand oder einen evtl. Migrationshintergrund. Damit soll
25 der Blick ausschließlich auf die Qualifikation der Bewerber*innen gelenkt werden. Fragen
26 nach der Ausbildung, nach der beruflichen Erfahrung und nach der Motivation dürfen
27 weiterhin abgefragt werden.
28 Natürlich kann die Gefahr der Diskriminierungsverlagerung auf das Vorstellungsgespräch
29 nicht ausgeschlossen werden. Allerdings bietet die Einladung zum Vorstellungsgespräch
30 den Bewerber*innen die Möglichkeit sich persönlich vorzustellen und die eigenen
31 Stärken zu präsentieren. Darüber hinaus ist die Demotivation für die einzelnen
32 Bewerber*innen geringer, wenn sie nicht unmittelbar nach Einreichung der
33 Bewerbungsunterlagen eine Absage erteilt bekommen.
34
35
36
37 Angenommen:
38 Abgelehnt:
39 Überwiesen an:



MV
am 30.03.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 5
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	Mitgliederversammlung
BETREFF	Kostenloser Kirchenaustritt

1
2
3 Die Mitgliederversammlung möge beschließen
4
5 Die Landesregierung in NRW wird aufgefordert die Kirchenaustrittsgebühr von derzeit 30€
6 abzuschaffen.
7

8 Begründung:

9 Viele Menschen werden in eine der beiden christlichen Kirchen hineingeboren und
10 zwangsweise durch die Eltern getauft. Hierbei spielt es keine Rolle, ob sich die dann
11 Getauften mit dem Glauben und den Werten der christlichen Kirche identifizieren können.
12 Eine Bearbeitungsgebühr von 30€ hindert viele Menschen am Austritt aus der Kirche,
13 obwohl sie diesen Schritt gerne gehen würden. Statt also konsequenterweise aus der
14 Kirche auszutreten, zahlen viele Menschen weiterhin die Kirchensteuer. Die Zahl der
15 Menschen in NRW, die formal einer der beiden christlichen Kirchen angehören, ist im
16 Jahr 2017 weiterhin rückläufig. Einer Umfrage des Bistums Essen zufolge, sind die
17 Gründe für einen Kirchenaustritt persönliche Enttäuschung, Entfremdung und fehlende
18 Bindung. Allerdings fehlt gerade den Geringverdiener*innen das Geld für einen
19 Kirchenaustritt. Die Abschaffung der Kirchenaustrittsgebühr würde einen Kirchenaustritt
20 erleichtern. Darüber hinaus ist es nicht nachvollziehbar, warum der Staat für die
21 Bearbeitung kirchlicher Angelegenheiten zuständig ist und entsprechende
22 Bearbeitungsgebühren erhebt, obwohl durch die Kirchensteuer jährlich mehrere hundert
23 Millionen Euro eingenommen werden: 2015 waren es im gesamten Bundesgebiet rd. 700
24 Millionen Euro. Durch diese Einnahmen könnten die Austritte finanziert werden.
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36

37 Angenommen:
38 Abgelehnt:
39 Überwiesen an:



MV
am 30.03.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 6
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	Mitgliederversammlung, SPD Ratsfraktion, Landes-SPD
BETREFF	Kostenfreies Ausstellen eines Euroschlüssel für Behindertentoiletten

1
2
3 Die Mitgliederversammlung möge beschließen
4
5 Die SPD Duisburg fordert das kostenfreie Ausstellen eines Euroschlüssels für körperlich
6 beeinträchtigte Menschen durch die zuständigen örtlichen Behörden. Ferner fordert die
7 SPD Duisburg, dass der o.g. Schlüssel gemeinsam mit dem Schwerbehindertenausweis
8 ausgehändigt wird. Ebenfalls wird die Antragstellung hier zusammengelegt und von
9 sämtlichen Kosten befreit.

10
11 Begründung:
12 Da auf Grund von Vandalismus immer mehr Behindertentoiletten abgeschlossen werden,
13 ist oft die Nutzung dieser Behindertentoiletten nicht möglich oder schwer zugänglich, da
14 entweder Reinigungskräfte abwesend sind oder es keine Aufsichtsperson gibt. Es kann
15 nicht sein, dass eine behinderte Person 23 Euro (Stand 2018) bezahlen muss um diesen
16 Schlüssel beantragen zu können. Zudem ist nicht gewährleistet, dass jeder behinderte
17 Mensch mit dem Schwerbehindertenausweis über diesen Schlüssel in Kenntnis gesetzt
18 wird. Zudem werden Personen, welche sich die entsprechenden Kosten nicht leisten
19 können, von dieser Leistung ausgeschlossen. Ein kostenfreies Ausstellen zusammen mit
20 dem Schwerbehindertenausweis sollte somit gängige Praxis werden

21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37 Angenommen:
38 Abgelehnt:
39 Überwiesen an:



MV
am 30.03.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 7
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	Mitgliederversammlung, SPD Ratsfraktion, Landes-SPD
BETREFF	Pfand gehört daneben

1
2
3 Die Mitgliederversammlung möge beschließen
4
5 Die SPD-Ratsfraktion Duisburg wird dazu aufgefordert, einen Antrag im Rat der Stadt
6 einzubringen, in dem die Forderung nach Nachrüstung der Mülleimer mit sogenannten
7 Pfandringen im gesamten Stadtgebiet niedergeschrieben ist. Ziel ist es, diese Pfandringe in fünf
8 Jahren an allen Mülleimern im gesamten Stadtgebiet vorzufinden.

9
10 Ausgangslage:
11 Die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote in NRW liegt bei 18,7% (2017). Noch
12 erschreckender sieht die Situation in Duisburg aus: 29,9% (2017) der Einwohner*innen, also fast
13 jede*r Dritte, ist von relativer Einkommensarmut bedroht! Damit belegt Duisburg mit deutlichem
14 Vorsprung Platz 1 unter den 15 größten Städten Deutschlands!

15
16 Begründung:
17 Pfandsammler*innen gehört bedauerlicherweise zum Bild vieler Städte. Während einige von uns
18 sich keine Gedanken darum machen müssen, was mit den Flaschen passiert, die wir unterwegs
19 achtlos in den Müll werfen, sind viele Menschen auf das Sammeln von Pfand angewiesen. Die
20 Pfandsammler*innen werden dabei vor folgende Probleme gestellt:
21 Das Fischen in Mülleimern ist für die Betroffenen degradierend, entwürdigend,
22 entmenschlichend. Die Menschen müssen ihren Stolz überwinden, um im Dreck anderer zu
23 wühlen, während sie von allen Seiten abschätzig beäugt werden.
24 Neben der sozialen Abwertung, der sich die Betroffenen oft ausgesetzt sehen, birgt das
25 Pfandsammeln körperliche Gefahren: In öffentlichen Mülleimern befinden sich oft beispielsweise
26 scharfe/spitze (e.g. kaputte Glasflaschen, Rasierklingen o.Ä.) und unhygienische (e.g. benutzte
27 Heftpflaster) Gegenstände. Es kann zu Verletzungen und Infektionen kommen.
28 In einem der reichsten Länder der Welt dürfen wir uns niemals damit zufriedengeben, dass
29 überhaupt Menschen darauf angewiesen sind, Pfandflaschen zu sammeln. Bis unser System
30 bereit ist, selbst den Schwächsten der Gesellschaft aus der Misere zu helfen, dürfen wir aber
31 nicht vergessen, die Symptome dieser Systemunzulänglichkeit in der Zwischenzeit zu mildern. In
32 einer Großstadt unter der Führung eines sozialdemokratischen Oberbürgermeisters und mit der
33 SPD als stärkster Ratsfraktion muss es als Selbstverständlichkeit angesehen werden, die
34 beschriebene Problemlast von den Schultern der Pfandsammler*innen zu nehmen. In einigen
35 deutschen Städten, unter anderem Düsseldorf, wurden bereits sogenannte „Pfandringe“
36 angebracht. Unseren sozialdemokratischen Grundwerten verpflichtet, muss die SPD-Fraktion im
37 Rat der Stadt diesem Beispiel folgen und den Umbau resp. die Optimierung aller Mülleimer im
38 Stadtgebiet erwirken, um den Betroffenen ein Stückweit ihre geraubte Würde wiederzugeben und
39 ihre körperliche Unversehrtheit zu schützen.

40
41 Angenommen:
42 Abgelehnt:
43 Überwiesen an:



MV
am 30.03.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 8
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	Mitgliederversammlung
BETREFF	Polizeigesetz NRW oder Orwells schlimmster Albtraum

- 1
2
3 Die Mitgliederversammlung möge beschließen
4
5 Die SPD Duisburg lehnt das von der schwarz-gelben Landesregierung mit Zustimmung
6 der SPD-Landtagsfraktion verabschiedete „Gesetz zur Stärkung der Sicherheit in
7 Nordrhein-Westfalen – Sechstes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes
8 Nordrhein-Westfalen“ ab und bekennt sich zum Hamburger (Grundsatz-)Programm:
9
10 „Wir widersprechen jedem politischen Allmachtsanspruch über die Menschen. Wenn
11 Politik selbst Glück und Erfüllung verspricht, läuft sie Gefahr, in totalitäre Herrschaft
12 abzugleiten. Die Demokratie ist die einzige politische Ordnung, die der
13 Selbstverantwortung der Menschen gerecht wird und die Grenzen der Politik
14 entsprechend bemisst. Die Menschen- und Bürgerrechte legen der Politik und den
15 staatlichen Institutionen Grenzen auf, ohne die es keine Demokratie geben kann.“
16
17 Begründung:
18 Mit dem Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichtes vom 20.04.2016 fiel
19 der Startschuss in sämtlichen Ländern der Bundesrepublik zur Überarbeitung der
20 Polizeigesetze. Fortan ist es rein verfassungsrechtlich möglich, tiefer in die Privatsphäre
21 der Bundesbürger*innen einzudringen, sowie unliebsame Menschen bis zu 14 Tage
22 einzusperrern.
23 Der Landesparteitag NRW hat am 23.06.2018 den Antrag IR-04 der ASJ NRW mit dem
24 Titel „Rechtsstaat erhalten –Schwarz-gelbes Polizeigesetz ablehnen“ beschlossen und
25 darin konkrete Forderung an die sozialdemokratische Bundestags- und Landtagsfraktion
26 formuliert.
27
28 Weiterhin kritische Inhalte sind unter anderem:
29 Unterbindungsgewahrsam
30 Der Unterbindungsgewahrsam wird von 48 Stunden auf 14 Tage ausgeweitet. Es besteht
31 die Option der Verlängerung um weitere 14 Tage.
32
33 Gewahrsam zur Identitätsfeststellung
34 Zur Identitätsfeststellung kann nunmehr statt zwölf Stunden sieben Tage Haft angeordnet
35 werden.
36
37 Elektronische Fußfessel
38 Terroristische Gefährder, Sexualstraftäter und Stalker können mittels „elektronischer
39 Aufenthaltsüberwachung“ im ersten Schritt 3 Monate und in Folge theoretisch
40 unbeschränkt überwacht werden.

41
42 (Quellen-)Telekommunikationsüberwachung
43 Mit richterlicher Anordnung darf die Polizei verschlüsselte Messenger Dienste wie
44 WhatsApp auslesen. Für die Ausführung ist die Nutzung eines „Staatstrojaners“
45 vorgesehen.
46
47 Videobeobachtung öffentlicher Plätze
48 Öffentliche Plätze können uneingeschränkt videoüberwacht werden.
49
50 Strategische Fahndung
51 Verdachtsunabhängige Kontrollen in bestimmten Gebieten werden für 28 Tage plus
52 Verlängerungsoption zugelassen.
53
54
55
56
57 Angenommen:
58 Abgelehnt:
59 Überwiesen an:



MV
am 30.03.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 9
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	Mitgliederversammlung
BETREFF	Familienfreundliche Parteitage

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Die Mitgliederversammlung möge beschließen

Zu Mitgliederversammlungen und Unterbezirksparteitagen wird zukünftig eine Kinderspielecke mit Gesellschaftsspielen, Malutensilien, Tischen und Stühlen eingerichtet. Dieses Angebot kann von Mitgliedern /Delegierten kostenfrei genutzt werden.

Begründung:

Im Rahmen der Diskussion um die Erneuerung der SPD wurde deutlich, dass es auch organisatorischer Veränderungen bedarf. So wurde oft bemängelt, dass Genoss*innen oft auf gläserne Mauern stoßen. Hier werden meist die Zeiten, an denen sich Gremien, Ortsvereine u.ä. treffen, genannt. (Junge) Genoss*innen mit Kindern stellt die Teilnahme an Mitgliederversammlungen /Unterbezirksparteitagen oft vor einer organisatorischen Aufgabe, eine Betreuung für ihre Kinder zu finden. Dabei sind es oft Mütter, die durch familiäre Verpflichtungen an der politischen Partizipation gehindert werden. Durch eine Spielecke auf Mitgliederversammlungen / Parteitagen würde ihnen, aber auch Vätern, die aktive Teilnahme von Genoss*innen mit Kindern wesentlich erleichtert. Eine Kinderspielecke lässt sich recht einfach realisieren. Hier reichen etwa ein Tisch mit Malblock und Buntstiften am Rande der Mitgliederversammlung / des Parteitags. Neben dem Abbau von gläsernen Mauern für die aktive Mitarbeit von Genoss*innen, ist ein solches Angebot auch ein deutliches Zeichen nach außen, dass die SPD Duisburg nicht nur eine familienfreundliche Politik in unserer Stadt gestaltet, sondern auch selber lebt.

Angenommen:
Abgelehnt:
Überwiesen an:



MV
am 30.03.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 10
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	Mitgliederversammlung, SPD Ratsfraktion, NRWSPD
BETREFF	Zuschüsse einer Stadt für alle Kinder und Jugendlichen eines Jugendzentrums

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Die Mitgliederversammlung möge beschließen

Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos) Duisburg fordern, dass Kinder und Jugendliche Jugendzentren stadtübergreifend besuchen und Aktionen, Programme und bei Freizeiten mitmachen dürfen ohne, dass die Bezuschussung der jeweiligen Stadt, oder andere Bezuschussung von bspw. Stiftungen, Vereine, der Bundes- und Landesförderprogramme, Kindern und Jugendlichen aus anderen Städten vorenthalten wird oder dadurch diese benachteiligt werden können

Begründung:

Duisburger Jugendzentren und auch Jugendzentren in anderen Städten werben unter anderem mit dem Treffen von Freunden und, dass ein Jugendzentrum kostenfreie bzw. kostengünstige Ferienangebote anbietet.

Da der Träger eines Jugendzentrums in den meisten Fällen die Stadt ist und dieses bezuschusst, erhalten Jugendzentren Zuschüsse für Freizeiten, Programme und Aktionen für beispielsweise Duisburger Jugendliche und Kindern pro Kopf.

Sobald allerdings Kinder und Jugendliche aus anderen Städten mitfahren wollen, werden diese meist benachteiligt in der Vergabe der Plätze und spätestens bei den Kosten des Angebotes.

D.h., dass Kinder oder Jugendliche, welche nicht in Duisburg wohnen, den Betrag des Zuschusses selber tragen müssen. Da allerdings Kinder und Jugendliche nicht ihre Freunde unbedingt nach der jeweiligen Stadt aussuchen und trotzdem gerne mit einem Jugendzentrum mitfahren möchten, wird es den meisten Kindern und Jugendlichen nicht möglich gemacht, das komplette Programm eines Jugendzentrums zu nutzen.

Duisburg ist eine Stadt, welche an sehr vielen anderen Städte angebunden ist (beispielsweise Moers, Krefeld, Oberhausen, Mühlheim a.d. Ruhr, Essen), dementsprechend müssen allen Kindern und Jugendlichen eines Jugendzentrums die gleichen Möglichkeiten geboten werden können.

Angenommen:
Abgelehnt:
Überwiesen an:



MV
am 30.03.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 11
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	Mitgliederversammlung
BETREFF	Reform von Hartz IV

1
2 Die Mitgliederversammlung möge beschließen

3
4 **Raus aus dem Dilemma - Warum ein Einfaches "Hartz IV muss weg" nicht reicht**

5
6 Unser Problem

7
8 "Hartz IV" gilt als Symbol für gesellschaftlichen Abstieg und dauerhafte Armut. Sogenannte „Hartz
9 IV-Karrieren“ werden von den Eltern an die Kinder vererbt, was zur Verfestigung der Armut in
10 ganzen Familien und zu sogenannten "Hartz-IV-Karrieren" führt. Für viele ALG II-Bezieher*innen
11 gibt es kaum einen Ausweg aus dieser Leistungsbeziehung; die Wahrscheinlichkeit wieder einer
12 regulären Beschäftigung nachzugehen sinkt mit jedem Jahr der Leistungsbeziehung. Unbestritten
13 ist, dass die SPD durch diese Arbeitsmarktreformen massiv an Vertrauen in der Gesellschaft
14 verloren hat und bis heute darunter leidet. Viele Menschen haben mittlerweile Angst vor der
15 Arbeitslosigkeit und den entsprechenden Maßnahmen, wie z. B. ein evtl. Wohnungsverlust,
16 Einschränkung des Lebensstandards und Verlust der Intimität gegenüber dem Staat und seinen
17 Behörden.

18 Diese Resolution soll einen Beitrag zur aktuellen Debatte in der SPD über das "vierte Gesetz für
19 moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt", kurz: Hartz IV, leisten. Sie erhebt keinen Anspruch
20 auf Vollständigkeit und soll die innerparteiliche Debatte nicht abschließen, sondern ergänzen.

21
22 Hartz IV

23
24 Mit "Hartz IV" wurden ab Januar 2005 unter anderem die Sozial- und Arbeitslosenhilfe
25 zusammengelegt. Mit diesem Schritt hatten viele Sozialhilfeempfänger*innen wieder einen
26 rechtlichen Anspruch auf Arbeitsvermittlung und entsprechender Förderung. Ihnen sollte über
27 diese Aktivierungsmaßnahmen eine neue Perspektive geboten und gesellschaftliche Teilhabe
28 ermöglicht werden. Durch die Zusammenlegung der beiden Transferleistungen wurden viele
29 Sozialhilfeempfänger*innen mit in die Arbeitslosenstatistik aufgenommen, was zu einer
30 ehrlicheren Statistik zur Arbeitslosigkeit in Deutschland führte. Dadurch ergab sich ein
31 sprunghafter Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf über fünf Millionen Arbeitslose in Deutschland.
32 Beide Maßnahmen können als positive Effekte von "Hartz IV" betrachtet werden.

33 Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, dass das Niveau des Arbeitslosengeldes an das Niveau der
34 früheren Sozialhilfe angepasst wurde. Damals orientierte sich die Arbeitslosenhilfe prozentual an
35 dem vorherigen Erwerbseinkommen. Mittlerweile werden durch das Arbeitslosengeld II
36 Pauschalbeträge an die Hilfeempfänger*innen ausgezahlt.

37 Der sogenannte Warenkorb zur Berechnung der Leistungen wurde in vielen Bereichen nach
38 unten angepasst. hat kaum eine Chance auf eine reguläre Beschäftigung. Weiter wurde die
39 Bezugsdauer des heutigen Arbeitslosengeldes I von 32 Monate auf 12 Monate reduziert.

40 Mit dem "Hartz-IV-Gesetz" wurde ebenfalls die sogenannte "Option" eingeführt. Generell werden
41 das ALG I und das ALG II von der Agentur für Arbeit verwaltet. Allerdings hatten mit der
42 Einführung der Hartz-Gesetze 69 (unnötig zu erwähnen, dass diese Zahl willkürlich an der Anzahl
43 der Sitze im Bundesrat orientiert ist) Kommunen die Möglichkeit sich als Optionskommune zu

44 bewerben um die Leistungen des ALGs II selbstständig zu verwalten und die Arbeitsvermittlung
45 vor Ort zu gestalten.

46

47 Was sich ändern muss:

48

49 ➤ Unser Anspruch muss es sein, den Menschen die Angst vor der Arbeitslosigkeit zu nehmen.
50 Das Arbeitslosengeld muss wieder als Überbrückung von schwierigen Lebenssituationen
51 begriffen werden und darf nicht zu einer zusätzlichen Belastung, in einer sowieso schon
52 schwierigen Lebenslage, werden. Darüber hinaus muss es uns um eine vernünftige und
53 zielführende Arbeitsvermittlung gehen; hier darf ausschließlich nach fachlicher Qualifikation
54 und vorheriger Tätigkeit entschieden werden. Dafür müssen die Zumutbarkeitsregeln im SGB
55 II § 10 entsprechend geändert werden.

56 ➤ In der Regel gelingt es rund 7 % der ALG-I-Bezieher*innen im ersten Jahr nicht eine neue
57 Beschäftigung zu finden. Nach einem Jahr erlischt der Anspruch auf ALG I und es muss ALG
58 II bezogen werden. Dies erhöht den Druck und die Angst auf die Arbeitssuchenden. Um
59 Arbeitssuchende von dieser Last zu befreien, muss die Bezugsdauer des ALGs I auf 24
60 Monate und für ältere Leistungsbezieher*innen auf 30 Monate angehoben werden.

61 ➤ Weiterhin fordern wir, dass Zeiträume, in denen Umschulungs- und Ausbildungsmaßnahmen
62 stattfinden, an die Bezugsdauer des ALG I verlängert wird.

63 ➤ Nicht nur die Arbeitssuchenden selber leiden unter ihrer Situation. Häufig sind auch ihre
64 Familien davon betroffen. Um die Familien in dieser Situation zu entlasten, darf das
65 Kindergeld nicht mehr auf die Arbeitslosenleistung angerechnet werden.

66 ➤ Wir sehen die Menschen als soziale Wesen an. Jeder Mensch muss das Recht haben, primär
67 In den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden, denn Arbeit schafft soziale Einbindung. Das
68 Herauslösen des Menschen aus seinem bisherigen sozialen (e.g. familiären oder
69 freundschaftlichen) Umfeld ist jedoch keine Tatsache, die wir hinnehmen können. Das private
70 Soziale und das Beschäftigungssoziale müssen gleichberechtigt einhergehen.

71 ➤ Bisher ist nur für wenige Menschen nachvollziehbar, wie ein Wohnungswechsel bei der
72 Überbrückung der Arbeitslosigkeit helfen soll. Der § 22 SGB II muss dahingehend geändert
73 werden, dass Leistungsempfänger*innen nicht mehr zu einem Wohnungswechsel gezwungen
74 werden können.

75 ➤ Sollten Arbeitssuchende jedoch freiwillig einen Umzug in Erwägung ziehen, um auf dem
76 Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, sollte das Jobcenter dies finanziell unterstützen. Mieter*innen,
77 die durch das Jobcenter betreut werden, müssen besser vor ungerechten Erhöhungen der
78 Nebenkosten geschützt werden. Einen möglichen Orientierungspunkt bietet dabei die Stadt
79 Essen: Es erfolgt die Kostenübernahme einer Mitgliedschaft in der Mietergemeinschaft, damit
80 Betroffene gegen zu hohe Abrechnungen vorgehen können.

81 ➤ § 12 des SGBs II, der das anzurechnende Vermögen vorgibt, muss gestrichen werden.

82 ➤ Entsprechen unseres Menschenbilds, dem Menschen als sozialem Wesen, gehen wir davon
83 aus, dass Menschen in Beschäftigung gelangen wollen. Wir sehen den Arbeitsmarkt in seiner
84 heutigen Form, mit garantiertem Mindestlohn und vielen freien Stellen, als wichtigen
85 Ansatzpunkt in dieser Aufgabe. Arbeitgeber*innen müssen stärker für sich werben, um an das
86 geeignete Fachpersonal zukommen.

87 ➤ Wir wollen langfristig ein potentes Weiterbildungs- und Arbeitsvermittlungssystem entwickeln,
88 dass den Arbeitssuchenden die Möglichkeit gibt, Arbeit entsprechend ihrer Qualifikationen zu
89 finden oder ihre bisherigen Qualifikationen auszubauen. Wir sind uns bewusst, dass
90 Extremfälle gibt, in denen die allgemeinen Weiterbildungs- und Vermittlungsmaßnahmen
91 nicht greifen.

92 ➤ Anfang 2019 will das Bundesverfassungsgericht über die Zulässigkeit von Sanktionen
93 entscheiden. Danach sollte auch eine Diskussion bei uns über die Sanktionen im SGB II
94 geführt werden.

95 ➤ Wir empfinden die Anrechnung des Lohns aus Taschengeldarbeiten gleichauf als Zumutung
96 und als Form der Sanktionierung. Wenn Leistungsbezieher*innen und ihre Kinder sich dazu
97 entscheiden, die ihnen zustehenden Leistungen aufzubessern, darf dies nicht bestraft
98 werden.

- 99 ➤ Wir bezweifeln, dass die Grenzen der Anrechnung von Nebenjobs an die Regelungen des
100 Sozialgesetzbuches noch zeitgemäß sind. Deshalb fordern wir eine entsprechende flexible
101 Anpassung, die sich an der Höhe des Nebendienstes orientiert.
- 102 ➤ Das Ehrenamt nimmt eine wichtige Funktion in der sozialen Einbindung von Menschen in der
103 Gesellschaft ein. Wir fordern darum, dass Arbeitssuchende von Sanktionen befreit werden,
104 die eintreten würden, während sie diesem Ehrenamt nachgehen.
- 105 ➤ Die Regelsätze im SGB II müssen deutlich erhöht und der Warenkorb gründlich überarbeitet
106 werden. Aktuell werden bei einem Regelsatz von 416 € ca. 145 € für Nahrung veranschlagt.
107 Für Bildung bleiben bei diesem Regelsatz etwas mehr als 1 €. Für Bekleidung bleiben rund
108 36 € und für Haushaltsgeräte etc. bleiben rund 26 €.
- 109 ➤ In Deutschland gilt eine alleinstehende Person mit einem Einkommen von 781 € als arm. Es
110 muss also darüber nachgedacht werden, den Regelsatz auf 800 € anzuheben.
- 111 ➤ Die Regelsätze müssen jährlich an die Inflation angepasst werden
- 112 ➤ Kinder sind im Wachstum und in ihrer Entwicklung einem stetigen Wandel ausgesetzt. Dies
113 bedingt eine ausreichende und ausgewogene Ernährung, aber auch den häufigen Neukauf
114 von Kleidung. Deshalb muss das Ziel der Überarbeitung des Warenkorbs auch sein, eine
115 allgemeine Kindergrundsicherung zu herauszuarbeiten
- 116 ➤ Optionskommunen sind besonders oft strukturschwachen Regionen, grade in den neuen
117 Bundesländern. Tendenziell zeigt sich auch, dass diese Kommunen tendenziell deutlich
118 geringere Steuereinnahmen haben. Die Ausgaben für die Sozialsicherung behindern somit
119 langfristige Investitionen in die Zukunft, die die Strukturen stärken könnten. Alternativ besteht
120 die bereits erwähnte Gefahr der Kostenminimierung in der Grundsicherung. Beides darf nicht
121 gegeneinander ausgespielt werden
- 122 ➤ Die Option stellt keine vernünftige Lösung für die Leistungsempfänger*innen dar. Es besteht
123 die Gefahr, dass die Kosten für Heizung- und Unterkunft zur Haushaltssanierung des
124 kommunalen Haushaltes gekürzt werden. Darüber hinaus ist es für die Kommunen schwierig
125 die Lage auf dem überregionalen Arbeitsmarkt zu überblicken und eine vernünftige
126 Arbeitsvermittlung zu gewährleisten.
- 127 ➤ Um die Jobcenter zu entlasten und den Leistungsempfänger*innen eine bessere Bearbeitung
128 ihrer Anliegen zu ermöglichen, fordern wir, dass die Zahl der Mitarbeiter*innen deutlich
129 erhöht wird.
- 130 ➤ Es bedarf einer Kommission, die sich mit der Entbürokratisierung im Jobcenter beschäftigt.
131 Kernpunkte müssen dabei die Möglichkeiten sein, die sich durch die steigende Digitalisierung
132 ergeben, sowie die Vereinfachung der entsprechenden Rechtsinhalte. Neben
133 entsprechenden Fachleuten möchten wir den Mitarbeiter*innen der Jobcenter die Möglichkeit
134 geben, sich am Entbürokratisierungsprozess zu beteiligen
- 135
- 136 ➤ **Wir bekennen uns zur Reform der bisherigen Grundsicherung, um möglichst viele
137 Menschen in eine sinnstiftende Beschäftigung entsprechender ihre Qualifikationen zu
138 bringen.“**

139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155

Angenommen:
Abgelehnt:
Überwiesen an: